

# Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Unterhaltung, Wissen und Kunst“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Siegel“.  
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Bittersbach, Beihleim, Distubth.

**Anzeigenpreis:** Die gespaltenen Millimeterzeile ob. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennig. — Reklametexte: Die Millimeterzeile 4 Goldpfennig ober deren Raum im Text 30 Goldpfennig.

Sonnabend, 21. Juni 1924

**Bestandpreis:** Bei wöchentlich 5 maligen Erscheinen monatlich 2.— Bei wöchentlich 30 maligen Erscheinen durch Strafenbld. u. Risse 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Teichinger Straße 20. — Postkonton Breslau Nr. 310 58. — Fernsprecher: Breslau, Ring 5887

## Das Gesicht der Katastrophe. Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Ausbeuteroffensive. — Wie wird das Proletariat sich retten?

(Eigener Drahtbericht.)

Essen, 20. Juni.

Am 17. Juni hatten wir die Nachricht erhalten, daß verschiedene Bechenbelegschaften (z. B. Johannes-Segen, Uhlenburg, Graf Beust usw.) die Kündigungen bis zum 1. Juli ausgestellt bekommen hatten; als Grund wird von den Direktionen angegeben, die 20%ige Lohnabhangigkeit sei für sie untragbar. Wir haben schon damals darin den Beginn einer neuen Offensive gegen die Bergarbeiterlohne gesehen. Die Bergarbeiter hatten bereits einzeln versucht, außerdem die 8 1/2 Stundenfrist unter Tage durchzubrechen, was aber am Widerstand der Belegschaften scheiterte. Nun aber wird durch die Ausbeuterpresse selbst bekaftigt, daß eine neue Offensive gegen Lohn- und Arbeitszeit eingeleitet wird. Die deutsche Bergwerks-Zeitung erklärt offen, daß die Randzechen stillgelegt werden, wenn die Arbeiter eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Verkürzung der Löhne verweigern sollte. Es wird weiter bekannt, daß auf insgesamt 40 Zechen — darunter solche der „Deutsch-Danziger Bergwerks A. G.“ also des Sinnes-Konzerns — die Kohlenbarone diese Offensive führen werden. Auf weiteren 28 Zechen wollen sie einen Lohnabbau von 7 1/2% und auf 10 Zechen einen Lohnabbau von 10% durchführen. Die deutsche Bergwerks-Zeitung, das Organ der Ruhrkonige, behauptet, daß die Löhne der von der Offensive betroffenen Bergarbeiter 15 bis 20% über den Friedenslohn liegen sollte, was natürlich ein infamer Schwindel ist.

Zugleich werden neue Entlassungen gemeldet (z. B. auf Zeche Graf Schwerin) das Bild ist also klar: Einerseits legen die Konzern-Kapitalisten Stück um Stück die Produktion still und verhängen den Hungertod über die Arbeiter — andererseits benuhlen sie dieselbe Massenarbeitslosigkeit zu einem neuen scharfen Vorstoß gegen das noch in der Produktion stehende Proletariat. Und das geschieht kurz nach dem Ausgang eines gewaltigen Bergarbeiterkampfes an der Ruhr, den die Erwirger der Arbeiterbewegung, die Sozialdemokraten jeden Kalibers unter Siegeslugeln verrieten. Nun geben die Ausbeuter die Antwort auf die Lügen und Verraterien, durch die die Ruhrkampfers sich zum Rückmarsch in die Betriebe bewegen ließen.

Was jetzt an der Ruhr wiederum begonnen wird und was nur ein Vorzeichen ist für das gesamte Proletariat, gibt dem Arbeiter auf die verderblichste Weise zu verstehen, was es von der Realisierung der Sachverstandigenplane zu erwarten hat. Um so gebietender ist die Notwendigkeit für die Arbeitermassen Deutschlands, sich in Bewegung zu setzen gegen diese Versklavungsplane, deren Durchführung das jetzige Regime der Ausgepörrten, an Leib und Seele heruntergeschunden und durch die sozialdemokratischen Weltfriedenslugeln betrogenen Arbeitermassen vollends in die allgemeine, grauliche Hölle verwandelt wird. Das Elend wird nicht enden — es wird sich verscharfieren, wenn nicht das gesamte Proletariat Mann für Mann sich erhebt, die sozialdemokratischen Betrüger über Bord wirft und jeden Schritt tut, der nötig ist zur Eröffnung des Kampfes auf Leben und Tod gegen den „Sachverständigen“-Raubzug der internationalen Kolonialausbeuter und gegen ihre deutschen Fronddiener.

Wir werden vernichtet, wir werden zu Boden geschlagen, wir werden in den Abgrund gestoßen werden, für Jahrzehnte wird es aus sein mit dem Marsch der Arbeiterbewegung — wenn wir nicht alle Energien anspannen und alle Kräfte mobilisieren, die an die Stelle der blutigen Kapitalbillatur die Freiheit der siegreichen Revolution bringen müssen. War letzter eine Kette um unseren Leib gelegt, so werden es kunstig zehnfache Ketten sein. Wir müssen sie zerprengen, oder wir werden zugrunde gehen.

Tag für Tag warnen die Kommunisten Euch und zeigen Euch das ungeheuerliche Gesicht der von der Weltbourgeoisie und ihrer getreuen Sozialdemokratie beschlossenen und unter Friedenspalmeinen angepriesenen Versklavung. Viele begriffen es noch nicht — aber sie werden es begreifen, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Es gibt nur eine Rettung — das ist die Revolution. Es gibt nur einen Weg aus dem Elend — das ist die Erhebung zu wirtschaftlichen und politischen Massenkampfen, die von ihrer eigenen Notwendigkeit und Schwerkraft getrieben sich steigern müssen zu den schärften Formen des Klassenkampfes auf Leben und Tod.

Noch ehe die neue Versklavung praktisch wird, wird das Proletariat durch die Stilllegung ganzer Industrien und durch Massenarbeitslosigkeit an allen Orten und Enden dem Verderben durch Hunger preisgegeben. Die Schare der kapitalistischen Krise, die über morgen wiederkehren wird, wenn sie morgen zu Ende wäre, zeigt dem Proletariat, daß die kapitalistische Wirtschaft von den ungeheuerlichsten Widersprachen zerrien und hin und her geschüttelt ist. Nicht einmal das Sachverständigen-Gutachter, und die „Heilige Allianz“ der Bourgeoisie und Sozialdemokratie gegen die Revolution vermag die augerichte Verleugung aller kapitalistischen Widersprache

aufzuheben, ja nicht einmal zu dämpfen. Die unaufhörliche Krise wird zur Todeskrise des Kapitals werden, wenn das Proletariat den vorletzten und den letzten Schritt tut, den ihm die Geschichte gebietet. Die Ausbeuter werden nicht Herr der gewaltigen Erschütterungen, unter denen der „babylonische Turm“ der kapitalistischen Ordnung schwankt — er muß stürzen; wenn er aber stürzt, so muß er mit den kapitalistischen selbst zugleich die solidesten Stützpfeiler des kapitalistischen Sklaventummes: die sozialdemokratischen Führer unter Schutt und Asche begraben.

Schon erhebt sich wieder in Deutschland das Gespenst des Massenhungers und des Massentodes. Proleten, denkt an den Herbst 1923! Proleten, wenn Ihr glaubt, daß der Hunger jetzt schon groß genug sei, so taucht Ihr Euch, denn die Ausbeuter werden Euch den Hunger von morgen und übermorgen auf den Hals schiden, der Euch und Eure Weiber und Kinder glauben lassen wird, Ihr habt es gestern noch gut gehabt, selbst wenn es nur 10 oder 15 Mark am Lohnstag gab.

Denn: morgen oder übermorgen werden die Herren Kommissare der Weltbourgeoisie kommen, sie werden die deutsche Produktion — Eure Produktion, Arbeiter! — so „kontrollieren“, daß Euch Hören und Sehen vergehen wird. Sie werden anordnen, daß hier noch mehr Entlassungen, und daß dort noch größerer Lohnabbau durchgeführt werden müssen. Aber sie werden Euch auch lehren — sie möchten es natürlich nicht — daß es für Euch nur eines gibt: selber die Produktion zu kontrollieren.

Über was ist diese Produktionskontrolle, die die Kommunisten Euch als Lösung geben? Nun, sie besagt nur, daß es an Euch selbst liegt, zu Euren Gunsten, zugunsten der ausgebeuteten Allgemeinheit, die Produktion zu kontrollieren, Ordnung zu schaffen in dem Wirrwarr, eine wirtschaftliche Rettung zu suchen, organisierte Eingriffe vorzunehmen in die Wirtschaft, die unter den Händen der Profitmacher kaputtgeht. Eine solche aktive, ruckichtslose, vor nichts zurückweichende Produktionskontrolle durch Eure „kommissarischen“ Organe — nun sie wird natürlich nicht an einem einzigen, auch nicht an zwei oder drei Tagen die Ordnung schaffen, die für die Gesamtheit der armen, ausgebeuteten, unterdrückten Massen in Stadt und Land nötig und nützlich ist. Denn das kapitalistische Verbredergeseindegel wird natürlich einerseits seine sozialdemokratischen Pfaffen vorschieben, die Euch erklären werden: „Um des Himmels willen, Ihr tut nicht, wie es MacDonald, Herriot, Dames, Stresemann, und dem UDSB. wohlgefällig ist“ — und andererseits werden die kapitalistischen Wirtschaftszerrotter wie wild gewordene Bestien um ihr „heiliges Eigentum“ wehren. Nun, dann gilt es zuzupacken mit dem eisernen Griff der proletarischen Faust! Dann gilt es, sich zu schlagen, vorwärts zu marschieren in Reih und Glied, Mann und Weib und Kind! Dann gilt es, sich daran zu erinnern, wie die Arbeiter und Bauern in Rußland es machten, als sie angingen, die Kapitalisten und kapitalistischen Direktoren zum Tempel hinauszujaagen, die Betriebe unter der Führung der Räte selber in die Hand zu nehmen und die großen Gutsbesitzer ins Pfefferland zu vertreiben.

So wird der Kampf um die Produktionskontrolle zum Machtkampf selbst. Aus den Fabriken und aus den Gutschotzen müssen die Geknechteten aufstehen und der Ausbeutersippe den Fuß auf den Nacken setzen. Der Machtkampf wird dann erst die wirkliche Voraussetzung schaffen für die Organisation, Wiederherstellung und Ausführung der gesamten Produktion auf neuer, auf proletarischer Grundlage.

Auf diesem Wege muß das Proletariat vorwärts marschieren, will es nicht in den Abgrund stürzen. Dies ist der Weg, den mit ehermer Sandale die proletarische Revolution schreiten wird.

### Bescharfung im sächsischen Bergarbeiterstreik.

Durch die provokatorische Haltung der Bergbauunternehmer im sächsischen Bergbaugebiet und durch das rigorose Eingreifen der Landespolizei hat sich die Streiklage in den letzten Tagen verschärft. In Zwickau haben Belegschaftsversammlungen der Bergarbeiter beschlossen keine Kostentraben mehr zu verrichten. Dieser Beschluß wurde in erster Linie durch das verstärkte Einklinken von Landespolizei aus Chemnitz in das Zwickauer Steinkohlenrevier verursacht. Die Landespolizei hat starke Polizeipatrouillen vor die einzelnen Werke gestellt, welche die Streikposten verjagten und angeblich den Lohn der Arbeitswilligen übernehmen sollten. Die Landespolizei beschränkt sich nicht allein auf die Besetzung der Fabriktore; überall werden die streikenden Bergarbeiter verfolgt. Im Zugaun-Deilschder Gebiet sind bereits zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. Die sächsischen Bergarbeiter stehen trotzdem in eiserner Front den Unternehmern gegenüber und sind gewillt, bis zur Durchführung ihrer Forderungen im Kampf auszuharren.

## „Pfänder, Garantien und Sicherheit.“

Genügte es noch nicht, zu sehen, wie in Frankreich unter dem Protektorat der „Linken“ der Poincarist Doumergue zum Präsidenten gewählt wird, wie Herriot mit Zustimmung der Sozialdemokratie außer dem Blutgeneral Rollet noch fünf seiner Mitarbeiter aus dem Poincare-Blod wählte, so mußte seine Programmserklarung endlich jedem Arbeiter vollends die Augen öffnen und ihm zeigen, wie die von der 2. Internationale in Frankreich inaugurierte neue Aera des Friedens und der Freiheit aussehen wird.

Wir wollen einige dieser Programmpunkte trocken aufzählen. Innerpolitisch: Eine allgemeine Amnestie, mit der der Linksblod seit Jahren treiben gegangen ist, wird nicht gewährt. „Hochverräter“ und „Deserteure“ bleiben in Haft. Das heißt daß die revolutionäre Arbeiterschaft von dieser Amnestie ausgeschlossen ist. Zur Illustrierung dieser „Amnestie“ wurden in Paris gestern 10 Arbeiter, die an einer Demonstration für eine wirkliche Amnestie teilnahmen, von Herriots Polizei niedergeschlagen. — Den Beamten wird das Streikrecht aberkannt. Herriot drohte „mit allen Mitteln“, falls sie ihre Organisationen „mithrauchen“ sollten. — Das Heer wird „den Lehren und Erfahrungen des Weltkrieges entsprechend reorganisiert“, d. h. verstärkt, seine technische Ruttung erhöht.

Auenpolitisch: Strenge Durchführung des Dawes-Kauplanes; keine Räumung des Ruhrgebietes, so lange nicht die genügenden Pfänder und Garantien geschaffen sind. Das war auch Poincares Formel. Strenge Durchführung der Militarkontrolle zur „Sicherheit“ Frankreichs. Keine allgemeine Amnestie im Ruhrgebiet, da diejenigen, die „Attentate gegen die Sicherheit der Truppen begangen haben“, ausgeschlossen sind. Die Formel ist so dehnbar, daß dadurch alle revolutionären Arbeiter, die an der proletarischen Aufklärungsarbeit in der Ruhrarmee teilgenommen haben, alle deutschen und französischen Kommunisten vor allem im Kerker bleiben können. Die Rückkehr der ausgewiesenen Beamten ins besetzte Gebiet wird ebenfalls in einer Kaufschuldfornel angekündigt, die alles und nichts sagt. Zurückkehren können die „lediglich in Ausübung gewisser Befehle gehandelt haben.“

Die Sowjetregierung wird nicht anerkannt, die Wiederaufnahme normaler Beziehungen wird „vorbereitet“. Dabei werden „Bedingungen“, „Vorkehrungsregeln“, „Erfundigungen“ erwähnt, die den Wert dieser Ankündigung auf Null reduzieren.

Die Aufnahme der Programmserklarung in Frankreich selbst zeigt am deutlichsten, wohin der Weg Herriot-Rollets geht: Bei den Stellen über die Armee hat der Poincare-Kriegsminister Maginot demonstrativ geklagt. Während der Serklarung über die Ruhrpolitik starker Beifall der Rechten und Zwischenerufe vom Nationalblod: „Das ist doch Poincares Programm!“ Der Rechter der Rechten, Rollin, lobte das außenpolitische Programm vorbehaltlos. Aus dem Verhalten der rechten Poincare-Presse ist schon jetzt ersichtlich, daß Herriot-Rollet in der Durchführung ihres außenpolitischen Programms auf die Unterstützung des Nationalblods rechnen können.

Die „Links-Presse“ kam nicht umhin, Herriots Reparationsprogramm als etwas „zu geschmeidig“ zu bezeichnen. Dafür schwelgt sie vor Lob über das innerpolitische Programm, welches auch nach dem „Vorwärts“ „tatsächlich auch von sozialistischen Arbeitern bedenkenlos unterrieben werden könnte“. (Siehe Amnestie und Beamtenstreikrecht!)

Nach dieser Regierungserklärung ist es klar, was Herriot und mit ihm die französische Sozialdemokratie will: ruckichtslose und brutale Fortführung des Poincare-Kurses. Zur Beschwichtigung der rebellierenden Arbeitermassen werden keine „Reform“-Breden hingeworfen, durch das weite Entgegenkommen an den Nationalblod, auch schon was die Zusammenlegung des Rautes anbelangt, die Möglichkeit einer wechselseitigen Mes-eit im Parlament offengelassen. Zur höheren Ehre des „Parlamentarismus“ wird Herriot ebensowenig davor zurückweichen, sich eventuell abwechselnd vom Nationalblod und von den Sozialdemokraten das Vertrauen aussprechen zu lassen, wie MacDonald zwischen konservativer und liberaler Unterstützung hin- und herpendelt.

Die Parteien Deutschlands nehmen die Regierungserklärung mit Entzuden auf. Dem „Vorwärts“ braucht ja das nicht einmal gesagt werden. Aber auch Stresemanns „Zeit“ meint bescheiden, man werde deutschseits gegen die Ruhr- und Reparationspolitik Herriots „keinen Einwand zu erheben brauchen“. Wenn noch General Cramon in der deutsch-nationalen „Kreuzzeitung“ Rollets guten Willen und Ungechtheit beglaubigt, so ist damit die Rollet-Einheitsfront in Deutschland geschlossen.

Gegen diese Einheitsfront führen die kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands die arbeitende, ausgebeutete Bevölkerung zum Kampf. Denn sie wissen es und werden es täglich wiederholen, bis es der letzte Arbeiter begriffen hat: Die Einheitsfront Rollets mit der französischen und deutschen Sozialdemokratie, keine Wiederaufnahme mit der linken und französischen Bourgeoisie bedeutet die Ausra-

hung der Wertigkeiten in Deutschland und Frankreich. Sie bedeutet Massenarbeitslosigkeit durch Drosselung der Produktion in Deutschland, durch „Abbau“ von Beamten. Sie bedeutet Hungerlöhne, Zwölftundentag, Lebensmittelverknappung durch Verwirklichung der Tarif-, Dreifach-, Zoll- und Steuerpolitik der Entente-Kommission. Sie bedeutet blühende Fälschungen auf die Wertigkeiten, damit sie all das Elend erdulden.

Diese Einheitsfront bedeutet die unmittelbare Vorbereitung neuer Kriege, die Befestigung der Kriegsrüstungen unter dem Deckmantel der „Entwaffnung Deutschlands“, der „Sicherheit Frankreichs“, des „Völkerverbundes“. Sie bedeutet die Aufrichtung einer französisch-englischen imperialistischen Einheitsfront gegen Sowjet-Russland und gegen die unterdrückten rebellierenderen Völker des Ostens.

Das Programm dieser Einheitsfront ist identisch mit dem Programm der 2. Internationale, wie es von Hilferding „Theoretisch“ begründet und MacDonald praktisch verwirklicht wird.

Ein Verbrecher an seiner Familie, an seinen eigenen Interessen, an seiner Klasse ist der deutsche Arbeiter, der diese floren Gefahren nicht kennt und sich in diese Einheitsfront der Unterdrückten durch die Sozialdemokratie noch einreihen läßt, aber latenten Unsicherheit, wie die Kräfte zu seiner eigenen Verwirklichung gesammelt werden.

Unter die Fahne des Kommunismus! Das muß die Antwort sein!

## Das Resultat des Parteitags der Postsozialisten.

Dieser letzte Parteitag der SPD. bot viele Momente, die wert sind, im Gedächtnis der deutschen Arbeiterschaft zu bleiben. Rund 4000 Delegierte aus dem Reich, die Grund eines tagelangen Mitgliederbeschlusses in Mitglieder- und Parteifunktionären ohne Teilnahme der breiten SPD-Massen gewählt, besser gesagt, geschoben wurden, Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, Fernspolitikanten, die schon jahrelang als „Delegierte“ die SPD-Parteitage füllten, denen die Politik und „Arbeitervertretung“ zum lebenslänglichen Beruf geworden ist, und die anlässlich dieses Parteitages die Gnadenbitten der obersten Parteifunktionäre auf sich zum weiteren Fortkommen zu lenken — das war auch der letzte Parteitag der SPD.

Ein heiteres Intermezzo gab's, als Herr Wels den Antrag der Frankfurter Ortsgruppe auf Anschluß Eberls auf die Tagesordnung zu setzen verweigerte und dann nachher Philipp Scheidemann den Antragsteller sagte: „Schäm' ihr euch nicht!“ Und sie schämten sich, diese Frankfurter Jammerlarven und beschwerten sich nicht im geringsten darüber, daß dem Antrag der Frankfurter SPD-Mitglieder so ohne weiteres das Genid abgedreht wurde.

Und dann Sachien. Vessentlich, hörbar für die Massen, wurde die Große Koalition in Sachien überhaupt nicht behandelt. Die „Linke“ Opposition beantragte sich damit, daß diese Frage in einer Kommissionsformung gefaßt wurde. Das Ergebnis war: Die Mehrheit der sächsischen Landtagsfraktion, mit dem Geld an der Spitze, hat recht und die Minderheit unrecht. Die sächsischen Mitglieder haben nichts zu sagen, der Geld alles.

Natürlich wurde auch nicht veräußert, die NSD. anganzheimern und als Gebot sozialdemokratischer Kamelkams die Beteiligung an ihr verboten. Vorher hatten schon die bisherigen sozialdemokratischen Mitglieder des deutschen Komitees der NSD. ihren Austritt erklärt. Der „radikale“ Rosenfeld und die Ratibide Burns trümmten sich vorher schon wie Würmer in Erwartung dieses Beschlusses vor dem Parteivorstand.

Der Clou des Tages war unfehlbar das Referat Hilferdings. Dieser Mann, der in seinen Finanztheorien verzweifelte Lehrsätze mit Heftigkeit aufweist, redete ganz sozialdemokratisch. Was man darunter versteht, braucht nicht gesagt zu werden. Nicht mehr die geringste Erinnerung an den „Streikheit“-Helden von der Feder, den ehemaligen Chefredakteur des Berliner Organs der USP, und die damaligen Scheitradikalen Protesten. Ganz ruhig war er ganz allmählich sozialdemokratisch. Nur einmal sagte er, daß die Arbeiter in den Industriebetrieben der Deutschen Lage verhindern müßten. War das die Rainität eines Greises oder die Schwärze eines Urnen? Dachte er nicht an die Arbeiter von Halle, die von den Garben-Sewerings und Ringes, von den von Sozialdemokraten kommandierten Landsknechten ermordet und erschlagen wurden, weil sie den Lubendorff in Halle verhindern wollten? Dachte Herr Hilferding nicht daran, daß die Sewering und Müller, keine Parteigenossen, die Deutschen Lage der Realisten genehmigten, dagegen die roten Tage des Proletariats und gegen sie mit Handgranaten vorgingen, wie in Mannheim.

Diese Samwerer Hilferdings fand nicht einmal den leinsten Widerstand der Opposition. Auch seine Erklärung für das Sachverhaltengutachten nicht. Herr Dr. Paul Levi, der als offizieller Redner der Opposition nach Hilferding sprach, verweigerte nur zu sammeln. Energetisch: „Das Sachverhaltengutachten bringt den Frieden nicht, andererseits: Annahmen müssen wir es doch.“ Ansehensverweigerung und Klagebeschwerde. Klagebeschwerde war's auch, als er ohne Widerstand ermahnt, wie eben ein Advokat aus Frankfurt es nur vorwärts austrieb, die 170 Millionen russischer Banen seien nationalisiertheit und ein imperialistisches Maßgebäude geworden. Dieser Rührromantiker und Politikaner möchte wegen seines Betrugs am Kommunismus die russischen Verhältnisse vom Proletariat so gelassen haben, wie er sie wünscht.

Das beste Zeien für die Jammerrichtigkeit der linken Opposition war, daß Wels den ehemaligen Unabhängigen offen mit dem Hinweis drohte, wenn sie nicht lüchten und daß nachher ebenso ohne Widerstand dieser Opposition dem Parteivorstand ein Ermächtigungsgesetz und Ausnahmestandparagrafen gegeben wurde, auf Grund dessen die oppositionellen Sekretäre ohne weiteres hingerichtet werden können. Und diese „Opposition“ lag ruhig da, wie sie begraben wurde. Nicht einmal zu einem kleinen Protest konnte sie sich aufschwingen.

Alles in allem, die SPD. ist geschlossen für das Sachverhaltengutachten. Sie ist für die offene und die ausgesetzte Große Koalition mit Stresemann und Hertig. Sie wird ihren Weg weitergehen, das deutsche Proletariat weiter seinen Seelen anheften und die Gen. Loui Sender, diese Jammerräuber werden dem ruhig zusehen, höchstens da und dort einmal ihr Maul zu einem widerlichen Wackeln aufreißend. Und der letzte SPD-Arbeiter wird den Weg zur SPD. finden.

## Weil er die Schweinereien aufdeckte

Landtagsabgeordneter Schmed erneut zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gegen den Landtagsabgeordneten Schmed in Stuttgart, der trotz seiner Immunität widerrechtlich seit Monaten im Gefängnis sitzt, wird von dem Stuttgarter Kassengericht seit Wochen ein ganzer Nattenkönig von Prozessen geführt.

Im Jahre 1922 brandmarkte Genosse Schmed in der Süddeutschen Arbeiterzeitung die ungeheuren Schweinereien in der Landesstrafanstalt Korbenuig. Der als Zeuge geladene Anstaltsvorstand machte alle diese Mißstände zugeben. Trotzdem die Anstalt für dreihundert Gefangene nur eingestell ist, wurden in den engen Zellen über fünfzehnhundert zusammengepfercht. Im Essen wurden Gaserflogen mit Würmern gekostet, der Gerichtsprokurator hat diese Tatsache mit dem Einwand abgelehnt, daß in jener Zeit auch in den Privathäusern das Essen nicht besser gewesen sei. Im Saal befanden sich Schmeden, der Anstaltsvorstand meinte, das läme in den besten Hotels vor.

Die geladenen Zeugen (frühere Gefangene) behaupteten die Missetat der angeführten Mißstände. Mißhandlungen seien vorgekommen und oft seien Steine im Essen gewesen. Ein zu 80 Prozent Schwerkrankenbeschädigter mußte schwere Arbeit im Steinbruch leisten, obendrein wurde ihm erklärt, daß es eine Schande sei, wenn der Staat ihm noch Rente zahlt. Einem anderen Schwerkrankenbeschädigten mit einem Bauchbruch wurde von dem Anstaltsarzt zynisch erklärt: „Weshalb haben Sie sich denn in den Bauch schießen lassen.“

Trotz der Missetat dieser ungeheuerlichen Zustände verurteilte das Stuttgarter Gericht den Genossen Schmed zu drei Monaten Gefängnis.

## Der Kralauer Massenprozeß.

E. B. Maréchal, 18. Juni.

In Warschau findet jetzt ein Massenprozeß gegen Kralauer revolutionäre Arbeiter statt. Gleichzeitig schwebt ein Prozeß vor dem Kriegsgericht gegen revolutionäre Soldaten, die mit den Arbeitern gemeinsame Sache gemacht hatten.

Im Oktober 1923 begann auch in Polen eine Offensive der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die Arbeiter, die die weitere Verelendung nicht widerstandslos über sich ergehen lassen wollten, antworteten mit Streiks. Auch die reformistischen Gewerkschaften mußten unter dem Druck der Massen den Streik sanktionieren. Während des Streiks wurden mehrere tausend Kommunisten verhaftet. Die Kralauer Proleten forderten die Freilassung ihrer Führer. Die Forderung wurde mit Gewalt durchgesetzt. Die gegen die Streikenden losgelassenen Truppen wurden entwaffnet. Die Arbeitererschaft übernahm die Regierung in Kralau und zwang die polnische Regierung zum Nachgeben. Darauf setzte der Verrat der Sozialdemokraten ein. Sie erklärten, alle Ziele seien erreicht, die Arbeiterschaft solle ihre Waffen abgeben und die Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeiter, die den Verordnungen der Regierung und der Amsterdamer glaubten, nahmen auch die Arbeit wieder auf. Daraufhin ging die polnische Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokraten mit Reaktionsmaßnahmen, brutalem Terror und Kollaborationen gegen die Arbeitererschaft vor.

## Protestationen der Hüttengewaltigen im Saargebiet.

Die Hüttendirektionen im Saargebiet gehen seit einiger Zeit in unerhöht provokatorischer Weise gegen die Belegschaften vor. Die Kette der Provokation und der planmäßigen Verleumdungen der Unternehmer hat zum Ziel die Durchbrechung des Achtstundentages, die Einführung der Zehn- und Zwölftundentage, die Abschaffung aller Arbeiterrechte und die Beseitigung der Arbeiterausstände. Die Direktion der Burbacher Hütte warf kürzlich ein Arbeiterausstich-Mitglied, das mit noch einem Kollegen über vertriebene Straftaten verhandeln wollte, zur Tür hinaus. Daraufhin legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Überall gehen die Direktionen gegen die Betriebsausstände vor. Auch im Unterweil wurde dem Ausstichbedmann das Betreten des Betriebes verboten. Ein Mitglied des Ausstiches wurde sogar mit Gewalt aus dem Betrieb entfernt. Diese freche Provokation der Unternehmer hat zur Folge, daß die Metallarbeiter im Saargebiet sich in aufrichtiger Erregung befinden. Die Direktion der Burbacher Hütte läßt ihre Werke polizeilich schützen. Es ist damit zu rechnen, daß der Streik auch auf die übrigen Metallwerke übergreift.

## Betriebsstilllegung in der Pfalz!

Im Firmarevier Indreirachgebiet sind bis jetzt bereits aus über 100 Betrieben Stilllegungen angeordnet. Die Unternehmer erklären, daß, wenn keine größeren Kreditgewährungen einzufließen, in den nächsten Tagen alle Betriebe geschlossen werden müßten. Dadurch würden 8-9000 Arbeiter brotlos werden.

## Sozialdemokrat Winnig bei den Balthischen.

„Der Jugendliche“, das Organ des Jugendb. veröffentlicht einen Leitartikel des früheren Sozialdemokraten August Winnig, der infolge seines Uebertritts in den Kappitän von seinem Posten als Strohführer Oberpräsident entbunden und mit einem hohen Ruhegehalt zur Disposition gestellt wurde. Die Entlassung des Sozialdemokraten vom Präsidentschaft der Balthischen bis zum Deutschvölkischen ist nur konsequent. Winnig tut das offen, was Roske, Severing und andere sozialdemokratische Würmer und Beamte infolge ihres Uebertritts in der SPD verhalten durch allerlei Hosenknäuel zur Täuschung der SPD-Arbeiter ebenfalls tun. Winnig, der für den Jugendb. schreibt und Severing, der die tatsächlichen Verhältnisse erläutert, sind Brüder gleichen Blutes.

## Aus den Wärdelhöhlen deutscher Strafanstalten!

Die moderne Inquisition.

Während des Krieges mußte Karl Liebknecht jahrelang im Justizhaus Padua in Wien revolutionäres Regime lehren. Aus dieser Strafanstalt geht uns jetzt ein erhellendes Bericht über die Behandlung der dortigen Inhaftierten, zum Teil politischer Gefangener, zu. Ein Genosse, der dort jahrelang eingesperrt war, berichtet über die angebliche Menterei, die infolge der Mißhandlungen im September 1923 im Justizhaus Padua stattfand, folgendes:

Seit Juni 1923 wurde das Essen der Strafgefangenen von Tag zu Tag schlechter. Gab es bisher Ziegen, so wurden sie jetzt abgezogen. Infolge der schlechten Beschäftigung konnten die Gefangenen bei von ihnen verlangter Arbeit nicht mehr arbeiten. Sie traten in den Streik.

Die Anstaltsverwaltung wußte nichts Besseres zu tun, als sofort eine Abteilung Grüne gegen die Gefangenen zu führen. Am 3. September war der Präsident des Strafvollzugsamtes in der Anstalt anwesend. Trotzdem an diesem Tage das Essen fürchterlich stank und als Schweinefress zu schlecht war, stellte sich der Präsident in das Gebäude hin und rief drohend: „Wer sich noch einmal wegen des Essens beschwert und klopfel oder die Klappe wirft, fliegt sofort in Arrest!“

Die Gefangenen waren diesen Schändlichkeiten gegenüber vollkommen hilflos. Die Gefängnisbeamten weigerten sich, Beschwerden an den Direktor der Anstalt weiterzuleiten. So blieb den Gefangenen weiter nichts übrig, als ihren Protest durch Klopfen zum Ausdruck zu bringen. Der Zynismus der Beamten ging soweit, daß sie die Gefangenen ansprachen: „Beschwerden wegen Essen gibt es nicht; wer das Essen nicht frisst, der läßt es stehen, die Schweine werden es dann schon fressen!“

Am Tage des Präsidentenbesuches ging gegen 1/1 Uhr eine Schiebererei im Hofe los. Auf Gefangene, die sich am Fenster sehen ließen, wurde geschossen.

Durch diese Provokation bekamen einige Gefangene, die in Einzelhaft waren, Mutanfalle und haben in ihrer Verzweiflung die Fensterhebel eingeschlagen. Darauf wurden sie von dem Hauptwachmeister Müring mit folgenden Worten aus den Zellen herausgeholt:

„Komm raus, Du verdammter Schweinehund, ich will Dir lernen Fenster einzuschlagen!“

Trotzdem sich kein Gefangener gegen das provozierende Auftreten der Grünen und Blauen aufgelegt hatte und auch keinen Widerstand leistete, mußten sie

4 Treppen hinunter Spiekruten laufen. Die Grünen schlugen mit Kolben und Seitengewehr auf die Gefangenen ein, so daß einzelne im Keller aus mehr als 20 Wunden blutend zusammenbrachen und besinnungslos wurden.

Im Keller wurden sie in Dunkelzelle geworfen und während des ganzen Tages und der Nacht hat sich niemand um die Verwundeten gekümmert. Erst am anderen Morgen riefen die Beamten in die Zellen: „Wer sich verletzt hat, kann sich zum Arzt melden.“ Doch der Arzt hat niemand behandelt, geschweige denn etwas getan, damit die Schmerzen der blutig Geschlagenen gelindert werden. Er gebrauchte nur die Worte: „Es ist schon gut so.“

Damit die Mißhandlungen von den anderen Gefangenen nicht gesehen werden konnten, mußten sie 8 Tage lang in den Dunkelzellen des Kellers liegen bleiben. Einige der Geschlagenen werden wohl für dauernd Schaden erlitten haben; denn seit dem Tage der Mißhandlung husten sie Tag und Nacht. Einigen sind die Zähne eingeschlagen worden.

Jetzt soll gegen die Gefangenen, unter denen sich auch zwei politisch Inhaftierte befinden, ein Prozeß wegen Meuterei in Szene gesetzt werden.

## Die Peter-Pauls-Feste Niederschönenfeld.

Die Vera Kraus.

Der Staatsanwalt Kraus von Augsburg wurde als Vorstand nach Niederschönenfeld berufen. Kraus, dessen Handlungen von der Regierung heute noch gedeckt werden, übertrug an Brutalität und Gemeinheit noch ein gut Teil seiner häßlich nicht humanen Vorgänger. Mit zynischer Offenheit gestand er seine persönliche Feindschaft den Gefangenen gegenüber und die dieser entspringenden Brutalitäten ein: „Ich werde in Niederschönenfeld Zustände schaffen, daß Sie mit Sehnsucht an die früheren Zustände zurückdenken werden!“ Die ihm aufsehend am meisten zuzugende Staatsform ist der Militarismus: „Sie waren beim Militär, hier ist es genau so. Ich befehle, Sie gehorchen!“ Mit umgeschulter Armeerevolver nahm er den Rapport ein; in höchsteigener Person, mit militärischer Ausrichtung, kontrollierte er nachts die Posten und weckte durch sein Gebrüll in den Höfen der Anstalt die Gefangenen. Arbeitete sich ein Gefangener zum Rapport, so endete die Unterredung in 99 von 100 Fällen mit der Abführung des Betreffenden in Einzelhaft. Auch in der Austeilung von Kost- und Bettentzug war er schnell bei der Hand. Der Festungsgefangene Walter hatte, da er sich an einem vorstehenden Stück Eisen seines Klappbretts schon öfter Verwundungen zugezogen hatte, dieses entfernt und benutzte es nun als Hammer etc. Bei einer Hausdurchsuchung wurde es gefunden und einige Monate später glänzte es auf dem Tisch des Barischen Landtages als Mordinstrument der Niederschönenfelder Gefangenen. Walter wurde in Einzelhaft zwecks „Charakterfeststellung“ genommen. Gegen diese Einzelhaft richtete Walter Beschwerde an den Oberstaatsanwalt. Er erhielt, weil er sich gegen eine Verfügung des Vorstandes „auflehnte“ und beim Oberstaatsanwalt beschwerten wollte, acht Tage Bettentzug. Als W. sich dieserhalb neuerdings an den Oberstaatsanwalt wandte, folgten neuerdings 7 Tage Bettentzug. W., der sich auf keinen Fall diese Behandlung gefallen lassen wollte, wandte sich nunmehr an das Ministerium. Einige Tage später erhielt er durch Kraus drei Tage bei Wasser und Brot. Ihm ist selbstverständlich für alle Zukunft der Wille vergangen, den Beschwerdeweg zu beschreiten.

Wie Kraus es mit Bitten und Beschwerden hielt, das zeigt außer dem Ausbruch: „Beschwerden an den Oberstaatsanwalt und an das Ministerium nützen Ihnen gar nichts, das sage ich Ihnen von vornherein!“ auch noch die folgende mündliche Mitteilung an die Gefangenen: „Wer innerhalb 14 Tagen mit mehr als einer Bitte oder Beschwerde kommt, von dem nehme ich drei Monate lang keinen Wunsch mehr entgegen. Die Bitte oder Beschwerde bleibt volle drei Monate liegen und wird nicht berücksichtigt, auch wenn der Inhalt einer Bitte den Fall betrifft, daß die Frau oder die Eltern gestorben seien“. Es war in der Folge nichts Seltenes, daß ein Festungsgefangener gelegentlich gezwungen war, im Verlauf von 14 Tagen mehr als einmal an den Vorstand heranzutreten, worauf automatisch die dreimonatliche Disziplinierung erfolgte.

## Im Gefängnis zum Wahnsinn getrieben.

Seit Monaten befindet sich der Genosse Heimburg in München in Untersuchungshaft. Die lange Haftdauer hat die Gesundheit des Genossen vollständig zerrüttet. Während es ihm vor vier Wochen gesundheitlich noch einigermaßen gut ging, bietet er jetzt ein elendes Bild vollkommener Körperlicher und geistlicher Zerrüttung.

Vor kurzem besuchte ihn sein Rechtsbeistand und dieser befürchtet, daß Heimburg dem Wahnsinn verfallt. Trotz dieser bedauerlichen Verhältnisse geht die Gefängnisverwaltung gegen den Genossen in der rigorosesten Weise vor. Vor einigen Tagen wurde durch Anordnung des Präsidenten des Strafvollzugsamtes in Gamp Heimburg in Einzelhaft gestellt.

Dieser Herr hat auch angeordnet, daß den politischen Gefangenen selbst denen, die in Untersuchungshaft sitzen, keine Kontakte ihrer Angehörigen ausgedehnt werden dürfen und daß sie in den Kellern untergebracht werden sollen.

# Gewerkschaft.

## Stürmische Gewerkschaftsversammlung in Schweidnitz.

### Protest gegen die Einführung eines Volkzelmajors. Beschließung des Arbeiterkongresses.

Dienstag, den 17. Juni, fand die Versammlung des Bau- und Gewerkschaftsbundes statt, welche über alles Erwarten gut besucht war. Der erste Vorlesende hatte es vorgezogen, durch Abwesenheit zu glänzen. Genosse Hennig eröffnete die Versammlung. Von Seiten der Opposition wurde verlangt, als erstes die Dringlichkeitsanträge der Opposition zur Debatte zu stellen, demnach kurzer Debatte stattgegeben wurde.

Der erste Antrag lautet:

Die Bauergewerkschaft Schweidnitz erhebt aufs schärfste Protest gegen die Verlesung des verantwortlichen Volkzelmajors von Halle nach Schweidnitz. Durch das Blutbad in Halle unmöglich gemacht, wird der Arbeiterschlächter nach Schweidnitz verlegt.

Gleichzeitig ersuchen wir um Stellungnahme des Ortsausschusses zu dieser Angelegenheit. Genosse Hennig begründete in kurzen Worten den Antrag, der nach kurzer Debatte angenommen wurde.

Der zweite Antrag lautete:

Die oppositionellen Bauarbeiter ersuchen um Stellungnahme des hiesigen Bauergewerkschaftsbundes zu dem Arbeiterkongress der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands und die Beschließung desselben durch einen Delegierten. Die Delegation darf an der Finanzfrage nicht scheitern. Das Verbot der Gewerkschaften weilen wir mit Verachtung zurück.

Jetzt zeigte sich, welche verworrenen Gedanken noch in den Köpfen einzelner Gewerkschaftler siedeten. Von Seiten der SPD wurde gegen diesen Antrag Sturm gelaufen. Sogar einen Geschäftsführer von auswärts hatte man sich verschrieben, um die Opposition unmöglich zu machen. Genosse Hennig legte die Stellungnahme der oppositionellen Gewerkschaftler zum Arbeiterkongress dar. Betonte die Auswirkung des Sachverständigen-Gutachtens, die Notwendigkeit von Industrieverbänden und die Lösung des Arbeitslosenproblems. Die SPD-Leute stellten nun den Antrag, die ganze Angelegenheit als unzulässig von der Tagesordnung zu streichen. Doch die Opposition ließ nicht nach. Von Seiten der Reformisten wurde Antrag auf Antrag eingebracht. Man verließ die Genossen Hennig der parteiischen Versammlungsleitung zu bezichtigten. Es wurde bestritten, daß überhaupt der Arbeiterkongress eine Wichtigkeit für die Arbeiterschaft hätte. Die Debatte wurde immer hitziger und zog sich allmählich ins Politische. Man drohte uns mit Ausschluß aus der Gewerkschaft, ferner forderte man, daß sämtliche Kollegen, die heute keine Bücher mit hätten, nicht abstimmen dürften. Es entfiel nun ein großer Tumult. Nur schwer kann sich Genosse Hennig durchsetzen, aber doch allmählich entsteht Ruhe und es kommt zur Abstimmung. Trotzdem versucht man aber vorher nochmals, erst über den Ablehnungsantrag der SPD, abstimmen zu lassen. Das wird unseren Genossen doch schließlich zu bunt und es wird der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt mit dem Ersuchen, nur über unseren Antrag abzustimmen. Die Abstimmung ergab 167 Stimmberechtigte. Mit ja stimmten 75, mit nein 73, die übrigen waren leer. Der Antrag gilt also als angenommen. Als Vorbereitungskommission wurden die Genossen Hennig, Dreißer und Voreng bestimmt.

Es folgte nun der Bericht über die Lohnverhandlungen. Hierbei wurde betont, daß die Arbeitgeber bis jetzt den Schiedspruch noch nicht angenommen haben, mithin ist es noch nicht sicher, ob überhaupt eine Lohnerhöhung zustande kommt. Koll. John - Reichenbach verfuhr nun in längeren Ausführungen die Lohnpolitik der Bauergewerkschaft und der freien Gewerkschaften im allgemeinen zu rechtfertigen. Er betonte hierbei, daß ein Kampf vor der Hand insoweit der ungünstigen Konjunktur gar nicht möglich wäre und meinte, erst die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens würde hier eine Besserung bringen. Bemerkenswert ist folgender Ausspruch, welcher in allen Gewerkschaftsblättern bekanntgemacht werden mußte. „Das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterschaft hängt von der Annahme des Sachverständigen-Gutachtens ab.“ Die freien Gewerkschaften und der ADGB seien vollständig für die Annahme. (Wo bleibt das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder?)

Es entfiel nun wieder eine längere Debatte. Gen. Hennig tritt nun Kollegen John entgegen und betont, daß die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens das Elend der Arbeiterklasse nur verschlimmern würde. Kann aber selbst keine Entscheidung über Annahme des Schiedspruches fällen, da er nicht im Arbeitsverhältnis steht. Er fordert ferner, daß, wenn es zum Kampfe kommt, rücksichtslos mit den Kollegen ausgeräumt würde, die den kämpfenden Kollegen als Streikbrecher in den Rücken fallen. Schließlich wurde der Schiedspruch angenommen mit dem Bemerkung, daß jetzt doch endlich mal versucht würde, mit dem furchtbaren Glas der bauernenden Lohnstapelung zwischen den einzelnen Städten aufzuhören.

Kollege Köhler machte nun noch einige Ausführungen über die deutschen Konsumvereine und das Genossenschaftswesen. Er hielt sich auf vollständig neutraler Grundlage. Inzwischen leerte sich der Saal allmählich. Zum Schluß wurden noch Bemerkungen über die Beitragserhöhung eingebracht, die von Seiten der Opposition keinen Anlaß zu einer Debatte gaben. Doch veranlaßte es den Geschäftsführer John, jetzt noch längere Ausführungen über die ganze Lohnpolitik und Beitragsfrage zu machen. Er hielt sich dabei in echt reformistischem Fahrwasser, sprach aber vor fast geleertem Saale.

Nun, Kollegen vom Bauergewerkschaftsbund. Ihr habt gesehen, wenn Ihr einig zusammenhaltet als Opposition, läßt sich sehr gut etwas durchführen. Darum hört nicht auf die Drohungen der Reformisten, wir werden uns zu wehren wissen. Ihr wisst, wir stehen vor dem Verbandstag. Laßt Eure Interessen nicht einschleifen und arbeitet weiter im revolutionären Sinne, dann wird es auch vorwärts gehen.

## Streik der Bauarbeiter in Regau.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Bauergewerkschaftsbundes beschloß sich am 17. Juni mit den zurzeit bestehenden unzureichenden Löhnen.

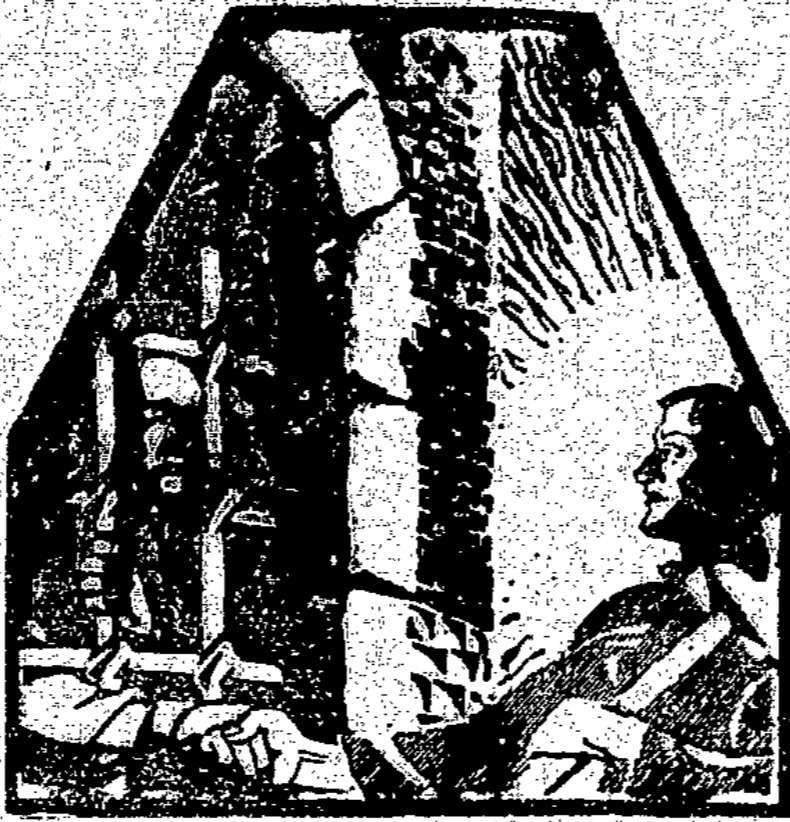
Nach stürmischer Debatte wurde der Schiedspruch, der für Gelehrte 4 und Ungelernte 3 Wg. Zulage vorsieht, als völlig ungenügend abgelehnt. Ein derartiges Angebot klingt wie Hohn und ist als direkte Provokation anzufassen. Nach lebhafter Debatte beschloß die bis auf den letzten Platz gefüllte Versammlung mit 520 gegen 160 Stimmen den Streik und denselben mit aller Schärfe zu führen.

Die Zimmerleute sind gleichfalls in den Streik getreten. 14 Firmen mit 220 Beschäftigten haben die gestellten Forderungen bewilligt, in diesen Betrieben wird gearbeitet. Streikende sind einschließl. Zimmerleute etwas über 500. Ferner wurde beschloßen, daß die arbeitenden Kollegen einen Streikvertrag abzuhängen sollen.

Beachtung verdienen die Stimmung unter den Frauen der Streikenden. Als am Montagabend in der Bauarbeiterversammlung der Beschluß gefaßt wurde, eine nochmalige Abstimmung auf Dienstag früh zu verlegen, da das Abstimmungsresultat zweifelhaft war, machten etliche Frauen, die auf den Mann warteten, die Bemerkung: „Die Männer sind viel zu feig, sie sind keine Wackelkappen, für die paar Pfennige arbeiten

te bis sie auf der Freie liegen bleiben, aber uns Frauen schüttert man zu Hause, wenn wir für die paar Pfennige nichts Geschmeides auf den Tisch bringen. Sollen sie doch den Unternehmern die Häute und Zähne zeigen und sich ein besseres Lohn verdienen. Wie würden die Zeit über, die der Streik dauert, auch ganz gerne mit trockenen Kartoffeln vorlieb nehmen.“ Aus den Ausführungen geht ihr streikenden Bauarbeiter, daß die Frauen bedeutend kampfesmutiger eingestellt sind, wie die Männer.

Es ist notwendig, daß eine Frauenversammlung der Streikenden einberufen wird, wo den Frauen auseinandergesetzt wird, welche wichtige Rolle die Frauen gerade in den letzten Kämpfen der Bergarbeiter gespielt haben und wie wichtig diese Frage ist. Ob die Politik, daß einzelne Betriebe arbeiten und dabei die dringlichsten Arbeiten ausführen, hier richtig ist, wagen wir nicht zu beurteilen. Jedenfalls ist sie mit dem Beschluß für schärfste Kampfführung nicht zu vereinbaren.



## Proletarische Ehrentafel.

### Die Opfer des weißen Terrors.

In den Ockingwerken Breslaus, Schweidnitz, Waldenburg, Schmiedern folgende Genossen:

1. Orner, Karl, seit November 1923
2. Wagner, Wilhelm, seit November 1923
3. Moser, Karl, seit November 1923
4. Schmidt, August, seit November 1923
5. Klein, Paul, seit November 1923
6. Schlegel, Richard, seit November 1923
7. Reichel, Franz, seit November 1923
8. Dreißner, Adolf, seit November 1923
9. Biewald, Wilhelm, seit April 1924
10. Fürbringer, Robert, seit Dezember 1923
11. Korschak, Josef, seit Februar 1924
12. Silbermann, Wilhelm, seit Februar 1924
13. Seude, Alwin, seit April 1924
14. Kohn, Albert, seit April 1924
15. Gläser, Max, seit April 1924
16. Bibring, David, seit Mai 1924
17. Radlewski, W., seit April 1924
18. Radlewski, Frau, seit April 1924.

Den Ehrenplatz auf der proletarischen Gedentafel gebührt dem Genossen

Max Höhl,

der seit drei Jahren im Breslauer Strafgefängnis inhaftiert und zu

lebenslänglichem Zuchthaus

von den Klassenrichtern verurteilt wurde.

Auch der Genosse Kaufmann aus Schweidnitz ist wegen Beteiligung an den Märzämpfen zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Er befindet sich im Zuchthaus Groß-Strehlitz in Schweden.

Damit ist die Liste der Inhaftierten noch nicht erschöpft, da in Schweden täglich Verhaftungen vorgenommen werden.

In alle Ortsgruppen ergoht daher die Aufforderung, sofort die Namen derjenigen Genossen mitzuteilen, die hier nicht genannt sind.

Partiengenossen und Genossinnen!

Hunger Kerkermauern befinden sich die tapferen und opferbereiten Proletarier. Sie sind doppelt und dreifach von der Klassenjustiz verurteilt, denn ihre Frauen und Kinder befinden sich im größten Elend.

Revolutionäre Pflicht

jeder Ortsgruppe der Partei ist es, den gefangenen Brüdern und ihrer Angehörigen Hilfe zu bringen. Pflichtvergessen handeln die Ortsgruppen, die nicht jedes einzelne Mitglied zur Mitarbeit während der roten-Hilfswoche veranlassen. Die beste Hilfe

ist selbstige Sammelstätigkeit

für die Opfer der Klassenjustiz.

## Generalversammlung der Union, Wirtschaftsbezirk Oberschlesien.

Am 15. Juni tagte die außerordentliche Generalversammlung der Union, Wirtschaftsbezirk Oberschlesien, welche zu allen einschlägigen Fragen des letzten Kampfes Stellung nahm und sich daneben noch mit künftigen organisatorischen Maßnahmen beschäftigte. Neben anderen wichtigen Beschlüssen ist von besonderer Bedeutung die von der Konferenz einstimmig gefaßte Entscheidung wirtschaftsrevolutionärer Natur zu den Lehren des letzten Streikes in Oberschlesien.

Die Entscheidung lautet:

Arbeiter! Genossen!

Der Reichslandtag der deutschen Bergarbeiter um die Erhaltung des Achtstundentages und der Siebenstundentag im Bergbau ist zu Ende. Der Kampf endet nicht mit dem Siege der Arbeiter.

Deutschlands Arbeiterklasse soll nicht nur Kuli der deutschen, sondern der ganzen internationalen Kapitalistenclique werden. Unerkennbar und fest stand die Front der kämpfenden Arbeiter und revolutionäre der internationalen Kapitalistenclique wurde umrüttelt. Jedoch

ist es notwendig, daß die gelben Gewerkschaftsführer anders als treue Kulisen Wage bei den Geldgräben und Geldböckchen unserer Arbeiter. Im Ruhrgebiet liegen sie die Forderung der Siebenstundentag fällen, führten Sonderverhandlungen und brachen den Kampf ab, ohne den berechtigten Forderungen der arbeitenden Arbeiter auf zentrale Verhandlungen Rechnung zu tragen.

Dieser Spießstich in den Rücken der kämpfenden Ruhrarbeiter brachte die Kampffront in Kibitz- und Westfalen ins Wanken. Dieser ausbeutende Bezirk mußte den Kampf insolge

der bewußten Sabotage und Zersplitterung durch die Arbeit der Gewerkschaftsbürokraten aufgeben. Die unerklärliche liegende Front der obersteleischen Berg- und Hüttenarbeiter mußte zurückgenommen werden, der Kampf wurde abgebrochen auf Grund des reformistischen Verrates.

Die Arbeiter müssen diesen Verrat mit ungeheuren Opfern bezahlen.

Tausende der besten Betriebsräte und Funktionäre liegen auf dem Straßensplatter und sind dem weißen Terror der Unternehmer ausgeliefert.

Doch nicht genug damit, die Gewerkschaftsbürokraten erwidern eine wüste Hege gegen diejenigen Arbeiter u. d. Betriebsräte, welche in diesem Kampfe in der vordersten Reihe mit Aufopferung kämpften.

Mit höchster Gemütskraft und Demagogie versuchen die Amsterdamer, ihre Funktionäre auf ausgestübten Sonderkonferenzen zur Annahme von schamlosen Sympresolutionen zu bewegen.

Durch diese Einheitsfront mit dem Kapital wollen sie die Arbeiter irreführen und abdividen, um in Zukunft solche geschlossene einheitliche Kämpfe in Oberschlesien, wo kein Verrat möglich war, unmöglich zu machen.

Sie hegen gegen die Union und die oppositionellen Gewerkschaftler und schreiben nach bekannter Methode: „Halbt den Dieb“ und glauben, sich so vor der Verantwortung für den unglücklichen Ausgang des Kampfes brüden zu können. Hand in Hand mit den Unternehmern hegen sie gegen die Betriebsräte und bewirken die kampferprobte Arbeiterschaft mit Schmutz, um sich so bei den Kapitalisten als gehorsame Diener zu zeigen und die Maßregelung ihrer wenigen Anhänger zu verhindern. Kamraden, Arbeiter in Oberschlesien!

Das dürft Ihr auf keinen Fall zulassen. Mit aller Only Widerstand müßt Ihr die einmal gebildete Einheitsfront aufrechterhalten und Euch daran auch nicht durch das Geseul der Feinde in den eigenen Reihen abhalten lassen. Ihr werdet verstehen:

„Auf einen Streich fällt kein Sieg.“ — Eine Niederlage heißt noch nicht, den ganzen Krieg verloren haben, den Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeiterklasse.

Halbt Euch das vor Augen und Ihr werdet einsehen, daß es bitter notwendig ist, sich nach dem letzten Kampf zu organisieren und vorzubereiten auf die nächsten Kämpfe. Ununterbrochen jagt eine wirtschaftliche Krise in Deutschland die andere!

Das Geld ist knapp, die Arbeitslosigkeit wächst, die Preise steigen, die Löhne sinken, der Achtstundentag ist geraubt, die Sozialgesetzgebung wird abgebaut, das Sachverständigen-Gutachten ist angenommen, die Steuerkräube dreht sich weiter — das alles preßt den letzten Saft aus den Knochen der Arbeiterklasse.

Arbeiterklasse! Jede Pause muß ausgenutzt werden, um die Räden in der proletarischen Einheitsfront auszufüllen. Die eiserne Front der Berg- und Hüttenarbeiter muß weiter hergestellt werden. Die Verkehrs- und Transportarbeiter, die Beamten und Angestellten — alle deutschen Arbeiter müssen aufgeföhrt und in die Kampffront eingereiht werden.

Den Ruhrarbeitern aber rufen die obersteleischen Arbeiter zu: Die Gewerkschaftsbögen des Ruhrgebiets haben dem letzten Streik das Genick gebrochen, Ihr habt die heilige Pflicht, aufzuräumen mit den Verrätern und ihnen das Handwerk zu legen.

Die Bergarbeiter und Metallarbeiter sind der industrielle Kerntrupp, die aktive Solidarität- und Kampfgenossenschaft aller übrigen Arbeiter, vor allem der Verkehrs- und Transportarbeiter, der Beamten und Angestellten bilden mächtige Waffen des Betreibungskampfes, die Mobilisierung der Frauen und der proletarischen Jugend, die Heraushebung und Neutralisierung der kleinen Bauern und des Mittelstandes werden die proletarische Front unwiderstehlich machen, wenn diese Front gebildet wird von den revolutionären Betriebsräten oder Aktionsausschüssen von den selbstgewählten Organen der Arbeiter.

Diese Armee mit eiserner, klassenbewußter Führung aus dem Boden zu stampfen, die Kampfmittel und Methoden durchzuschneiden — das sind die geschichtlichen Notwendigkeiten, vor denen die deutsche Arbeiterklasse steht.

Diese Aufgaben können nur gelöst werden in einem hartem, unerbittlichen Kampf gegen die reformistischen und gelben Gewerkschaftsbürokraten, deren Einfluß in der Arbeiterklasse vernichtet werden muß, und im Kampfe gegen die Hyänen des Klassenkampfes und Ruhrstörer des reformistischen Verrates: die falschlichen Wertgemeinschaften, die ausgerottet werden müssen, wenn das Proletariat leben will.

Rüfkt zu neuen Kämpfen!

Reint aus den Fehlern der alten Kämpfe, beseitigt die Verräter, kämpft die falschlichen Gewerkschaften nieder, revolutioniert die Betriebsräte und organisiert die Massen für den Kampf!

Durch Kampf zum Sieg! ist unsere Lösung.

Die Wirtschaft in die Hände des Proletariats! ist unser Ziel.

## Arbeiten bis zum Berreden.

Wer Stahlhelmeute beleidigt, wird entlassen.

Das ist das Prinzip der Firma August Krause Hartleiwerte in Ober-Wüstegiersdorf, was die Firma jetzt glaubt, besonders anzuwenden zu können, da sich die Arbeiter den ganzen Winter arbeitslos herumdrücken mußten. Als der Winter so einigermaßen vorüber war, stellte er wieder die Arbeiter ein, aber nur unter der Bedingung, wenn sie neun Stunden arbeiten. Sie mußten sich dazu durch Unterschreiben eines Reberkes verpflichten, was die meisten taten, da der Hunger sie dazu zwang. Nun wird eine besondere Methode eingeföhrt, indem immer so 10 bis 5 Minuten vor Feierabend bekanntgegeben wird, heute wird eine oder zwei Stunden länger gearbeitet (ohne Zuschlag). Die Arbeiter machen das leider aus Furcht, entlassen zu werden. So bringt aber der Unternehmer mit den Arbeitern herum und Ihr Proleten sagt nicht dazu. Wehrt Euch dagegen, zeigt dem Herrn Krause, daß Ihr nicht gewillt seid, so zu tanzen, wie er heißt. Zeigt ihm eine geschlossene Kampffront, eine geballte Faust. Die Firma kann aber auch noch besser.

Unter der 80 Mann starken Belegschaft befinden sich vier Stahlhelmeute, die natürlich von den anderen Arbeitern als bald zu merken bekommen, daß sie keine Lust haben, mit diesen Gelben zusammenzuarbeiten. Wenn nun irgendeine solche Stahlhelmeute in Reihe einmal ihre treuherzige Zupferkeit unter dem Schutze der Reichswehr oder Eipo zeigten, so bekommen halt diese vier Männlein es gehörig von den anderen Arbeitern unter die Nase gerieben. Die vier Jüngelchen mit ihrer schwarz-weißen roten Kolarde beschwerten sich und es wurde folgender Anschlag angehängt:

Es ist vorgekommen, daß Mitglieder Vaterländischer Vereine in unflätiger Weise beschimpft worden sind, waren Wagenlasten und Betriebsrichtungen verwannt worden. Ich verbiete dieses in Zukunft und werde bei nachmaligen Vorfällen die betreffenden Personen entlassen. (Beifall.)

Bravoo! Wie stark sich diese vier Männlein Mühen mögen, denn derjenige, der sie beleidigt, wird entlassen. Kollegen dieses Betriebes, lehrt Ihr nicht, wie dieses Lumpengeld geblüht wird, haut diese Anschläger heraus, Ihr seid in der Mehrheit die Wertgemeinschaften.

Erwacht, schließt Euch zusammen, organisiert Euch in Gewerkschaft, in der Kommunistischen Partei, und laßt Ihr noch Jung, dann stärkt die Kampftruppen der Kommunistischen Jugend!





